

*Die NEW YORK TIMES hat einen entlarvenden Artikel über die angebliche Widerspenstigkeit der Merkel-Regierung und die jüngsten Exporterfolge der deutschen Wirtschaft veröffentlicht.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 170/10 – 18.08.10**

## **Weil sich Deutschland über andere hinweggesetzt hat, kann seine Wirtschaft Erfolge feiern**

Von Nicholas Kulish

THE NEW YORK TIMES, 13.08.10

( <http://www.nytimes.com/2010/08/14/world/europe/14germany.html?nl=todaysheadlines&emc=globaleua1> )

BERLIN – Deutschland hat mit seinen europäischen Partnern über die richtige Antwort auf die Finanzkrise gestritten, mit den USA über die Vor- und Nachteile von Konjunktur- und Sparprogrammen diskutiert und schließlich widerspenstig seinen eigenen Kurs zur Stärkung seiner Wirtschaft verfolgt.

Die am Freitag veröffentlichten Zahlen könnten die Annahme stützen, dass Deutschland die ganze Zeit die richtigen Rezepte hatte. Die (deutsche) Regierung hat am Freitag mitgeteilt, das Wirtschaftswachstum habe in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen jeweils 2,2 Prozent betragen; das ist das beste Ergebnis seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren und würde sich – wenn es so bleibt – im laufenden Jahr auf ein Wirtschaftswachstum von fast 9 Prozent summieren.

Die starken Wachstumsraten bestätigen auch die Ansicht, dass die in den letzten Jahren von den deutschen Beschäftigten und Firmen zu erbringenden kurzzeitigen Opfer für den langfristigen Erfolg notwendig waren; die europäischen Partner Deutschlands haben sich allerdings nicht so verhalten. Der Erfolg wird die führenden deutschen Politiker auch in der weit verbreitete Auffassung bestärken, dass sie auf die Finanzkrise und die darauf zurückzuführende schmerzhaft Rezession viel besser reagiert haben, als die USA, die sie immer wieder gern daran erinnern, dass die US-Banken die Krise verschuldet haben.

Ein großangelegtes Programm, mit dem die Löhne weiterbeschäftigter Arbeiter subventioniert und nicht etwa (durch die Rezession) arbeitslos Gewordene unterstützt wurden, war die wichtigste Maßnahme auf dem Höhepunkt der Krise. Aber die Wurzeln des aus dem Export erwachsenden deutschen Erfolges reichen zurück bis in die schmerzhaft Umstrukturierung unter der vorherigen Regierung des Kanzlers Gerhard Schröder.

Durch Kürzung der Zuwendungen an Arbeitslose, die Erleichterung von Entlassungen und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Deckelung der Löhnen bahnte sich Deutschland mit wieder konkurrenz- und anpassungsfähigen Betrieben und ihren in der sich langsam erholenden Weltwirtschaft begehrten Autos und Werkzeugmaschinen den Weg zu neuen Exporterfolgen.

Die Deutschen verfielen nicht in den schuldenfinanzierten Konsumrausch, den viele als Ursache für die Finanzkrise ansehen. Während des Konjunkturrückgangs verzichtete Kanzlerin Angela Merkel auf das Heilmittel erhöhter Staatsausgaben, mit dem die USA und einige europäische Länder das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln versuchten.

Der Streit um die Überwindung der Finanzkrise bestärkte Deutschland in seinem nach dem Kalten Krieg gewonnenen neuen Selbstbewusstsein; es gab den Forderungen und Bevormundungen aus dem Ausland nicht mehr so leicht nach und strapazierte damit auch die Beziehungen zu seinen europäischen Partnern. Obwohl auch Deutschland mit vielen eigenen Problemen zu kämpfen hat, lässt es sich mit seinen historischen Verbrechen nicht mehr so leicht unter Druck setzen und ist wieder stolz auf sein Wirtschaftsmodell, seine Kultur und sein gewachsenes Ansehen in der Welt.

Jenny Wiblishauser, 33, eine alleinerziehende Mutter aus der süddeutschen Stadt Memmingen, sagte, Deutschlands Besonnenheit in der Finanzkrise – seine Standhaftigkeit gegen die Kritik aus dem Ausland – habe sie stolz gemacht. "Bisher sind wir schuldbewusst eingeknickt, wenn uns die Griechen Nazis geschimpft haben," meinte sie. "Jetzt denkt man sich, na gut, dann mache ich dort einfach keinen Urlaub mehr."

Einige europäische Kritiker werfen Deutschland vor, in der kontrovers geführten Debatte um die Stützung der griechischen Regierung und die Wiederherstellung des Vertrauens in den geschwächten Euro habe sich das deutsche Selbstbewusstsein teilweise in Anmaßung verwandelt. Besonders die gehässige Berichterstattung der deutschen Medien über die Griechen habe unter den Verbündeten große Besorgnis über die wachsende Durchsetzungsfähigkeit Deutschlands ausgelöst, sagte Thomas Klau (s. dazu auch <http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/wollen-wir-unseren-alten-kaiser-wiederhaben> ), ein Experte für europäische Integration im European Council on Foreign Relations (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/European\\_Council\\_on\\_Foreign\\_Relations](http://de.wikipedia.org/wiki/European_Council_on_Foreign_Relations) und <http://www.ecfr.eu/> ).

"Das war wie ein Weckruf, der dem übrigen Europa gezeigt hat, dass sich in Deutschland etwas verändert hat," fügte Klau hinzu .

Seit der Auseinandersetzung sind auch die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland abgekühlt und von Misstrauen geprägt, und die Zukunft des Projektes der europäischen Integration ist in Frage gestellt.

Wie die jüngsten Zahlen zeigen, lässt Deutschland, was seine Produktionskraft angeht, seine Nachbarn immer weiter hinter sich und weckt die Befürchtung, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung gefährden könnte.

Frankreichs Wirtschaftswachstum betrug im zweiten Quartal mit 0,6 Prozent nur einen Bruchteil des deutschen; Spaniens Wirtschaft wuchs nur um magere 0,2 Prozent, während die Griechenlands sogar um 1,5 Prozent schrumpfte.

Wenn die führenden Politiker in Berlin damit Recht behalten, dass die Wende zum Besseren erreicht ist, wird man sie für ihre Klugheit loben. Wenn der fragile Aufschwung einbricht, worauf bedenkliche Anzeichen einer quälenden Verlangsamung in den USA und eine Abkühlung des chinesischen Wirtschaftswachstums hindeuten, wird man ihnen die Hauptschuld dafür anlasten, dass zu wenig für die Förderung des regionalen und globalen Wachstums getan wurde.

Die deutsche Regierung ist überzeugt davon, das Richtige – auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – getan zu haben. Sie hat die "Kurzarbeit", ein Programm zur Verkürzung der Arbeitszeit, erweitert, um Firmen die Möglichkeit zu geben, Arbeiter zeitweise zu beurlauben oder sie weniger Stunden zu beschäftigen, anstatt sie zu entlassen; entgangene Löhne wurden aus einem Fonds bezahlt, der in guten Zeiten durch Lohnabzüge und Firmenabgaben aufgefüllt wurde.

Auf dem Höhepunkt (der Krise) im Mai 2009 waren etwa 1,5 Millionen Beschäftigte in dieses Programm einbezogen. Die Organization for Economic Co-operation and Development / OECD (die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/OECD> ) schätzte kürzlich ein, dass dadurch im dritten Quartal 2009 mehr als 200.000 Arbeitsplätze gerettet werden konnten.

Das Comeback der deutschen Wirtschaft ist auch in kleineren Städten wie Memmingen sichtbar – in einer geschichtsträchtigen Region, die als Schwaben bekannt ist. Die in hellen Farben erstrahlenden Häuser um den Marktplatz dieser wohlhabenden Stadt erinnern an ein deutsches Märchen, aber auch außerhalb der mittelalterlichen Befestigungen des alten Städtchens wird deutlich, dass Memmingen nur Anteil an dem allgemeinen Wiederanstieg der Beschäftigung hat, den Kanzlerin Merkel als "kleines Wunder" bezeichnete.

Nach dem Rekordjahr 2008 verzeichnete der Familienbetrieb Magnet-Schultz (s. <http://www.magnet-schultz.com/> ) einen starken Rückgang der Nachfrage nach seinen elektromagnetischen Produkten. Fast ein Drittel seiner mehr als 1.500 Beschäftigten in Deutschland machten Kurzarbeit, aber nur 57 wurden entlassen.

Firmenchef Wolfgang E. Schultz, dessen Großvater das Unternehmen vor fast 100 Jahren gegründet hat und dessen Sohn Albert im Januar zum Vizechef aufgestiegen ist, erklärte, um seine Firma auf längere Sicht erhalten zu können, wollte er möglichst wenige Facharbeiter verlieren. Den Entlassenen versprach er, sie wieder zu beschäftigen, falls sich die Auftragslage bessere. Inzwischen hat er bereits vierzig von ihnen wieder eingestellt.

Die deutschen Exporte sind im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 28,5 Prozent gestiegen; das ist der höchste Anstieg seit dem Aufflammen der Finanzkrise im Oktober 2008. Der Nachfrage-Boom bei Industriebetrieben wie Magnet-Schultz hat die Arbeitslosenquote in Memmingen auf 3-4 Prozent absinken lassen, das ist weniger als die Hälfte der Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent im Bundesdurchschnitt.

"Die Regierung hat mit der erweiterten Kurzarbeit das Richtige getan, um eine schwierige Situation zu überbrücken," sagte Schultz in einem Interview.

Vom Beginn der Finanzkrise an war Frau Merkel die Hauptverfechterin finanzpolitischer Zurückhaltung und hat sich damit auch im Juni auf dem G20-Gipfel in Toronto durchgesetzt, auf dem sich die führenden Politiker der größten Wirtschaftsnationen der Welt auf eine Reduzierung ihrer Haushaltsdefizite geeinigt haben.

Trotz ihrer Erfolge in der Weltpolitik hat Frau Merkel große Probleme, die stark gesunkene Zustimmung für ihre Regierung wieder zu verbessern. Ihre schwache Position bei Meinungsumfragen belegt, dass sich die deutsche Bevölkerung trotz der guten Wirtschaftsnachrichten große Sorgen um die Zukunft macht.

Die großen Opfer, die es Deutschland ermöglichten, seine Produkte wieder konkurrenzfähiger zu machen und seine schwächeren, weniger disziplinierten europäischen Partner auszustechen – eine strikte Begrenzung der Löhne, die Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67, die Reduzierung (des Arbeitgeberanteils) der Sozialabgaben und die Erleichterung von Entlassungen – haben (in der deutschen Bevölkerung) ein tiefes Gefühl der Unsicherheit erzeugt.

Frau Wiblshauer, die alleinerziehende Mutter aus Memmingen, musste im Jahr 2006 einen Monat lang von Hartz IV, einem abgespeckten sozialen Hilfsprogramm, leben. Obwohl sie jetzt bei einem Steuerberater arbeitet, hat sie große Angst davor, wieder auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. "Das versetzt Sie in Existenzangst," fügte sie hinzu.

Deutschlands Partner haben darum geworben, gebettelt und gestritten, die Regierung in Berlin solle den Konsum der Privathaushalte ankurbeln, um die Ungleichgewichte in den Ländern der Eurozone auszugleichen. Aber auch Frau Wiblishauser lehnte es ab, mehr Geld auszugeben, um anderen europäischen Ländern zu helfen.

Wie vielen Deutschen fällt es Frau Wiblishauser schwer, die Vorteile zu sehen, die Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union erwachsen. "Es wäre mir lieber, wenn wir so unabhängig wie die Schweiz wären," meinte sie.

(Infos über den Autor Nicholas Kulish sind aufzurufen unter [http://en.wikipedia.org/wiki/Nicholas\\_Kulish](http://en.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Kulish) . Wir haben seinen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

---

## **Unser Kommentar**

*Das etwas neidische klingende Loblied auf Schröders Agenda 2010, die angeblich die jüngsten deutschen Exporterfolge erst ermöglicht hat, kann die Wut über den hinhaltenden Widerstand der Merkel-Regierungen gegen die ungebremsste Verschuldungspolitik der USA und der EU kaum kaschieren.*

*Aus dem Hinweis auf "die historischen Verbrechen Deutschlands", die man jüngeren Deutschen nicht mehr persönlich anlasten kann, spricht die Befürchtung, auch Frau Merkel könnte künftig mit dem bloßen Hinweis auf den Holocaust nicht mehr dazu gebracht werden, jeden politischen Schachzug der herrschenden Kreise der USA zu unterstützen.*

*Hinter der Andeutung, die Bundesrepublik könnte einen Ausstieg aus der EU erwägen, verbirgt sich wohl auch die Angst, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland hätte eine politische Annäherung beider Staaten zur Folge.*

*Sobald führende deutsche Politiker auch nur andeutungsweise beginnen, sich aus der bisher nie ernsthaft in Frage gestellten Unterordnung unter den US-Führungsanspruch zu lösen, schrillen bei "unseren amerikanischen Freunden" sofort die Alarmglocken, weil sie ihre treuesten und wichtigsten Vasallen in Europa auf keinen Fall verlieren möchten.*

---

## **The New York Times**

August 13, 2010

### **Defying Others, Germany Finds Economic Success**

By NICHOLAS KULISH

BERLIN – Germany has sparred with its European partners over how to respond to the financial crisis, argued with the United States over the benefits of stimulus versus austerity, and defiantly pursued its own vision of how to keep its economy strong.

Statistics released Friday buttress Germany's view that it had the formula right all along. The government on Friday announced quarter-on-quarter economic growth of 2.2 percent, Germany's best performance since reunification 20 years ago — and equivalent to a nearly 9 percent annual rate if growth were that robust all year.

The strong growth figures will also bolster the conviction here that German workers and companies in recent years made the short-term sacrifices necessary for long-term success

that Germany's European partners did not. And it will reinforce the widespread conviction among policy makers that they handled the financial crisis and the painful recession that followed it far better than the United States, which, they never hesitate to remind, brought the world into this crisis.

A vast expansion of a program paying to keep workers employed, rather than dealing with them once they lost their jobs, was the most direct step taken in the heat of the crisis. But the roots of Germany's export-driven success reach back to the painful restructuring under the previous government of Chancellor Gerhard Schröder.

By paring unemployment benefits, easing rules for hiring and firing, and management and labor's working together to keep a lid on wages, Germany ensured that it could again export its way to growth with competitive, nimble companies producing the cars and machine tools the world's economies — emerging and developed alike — demanded.

Germans steered clear of the debt-fueled consumption boom that many believe contributed to the financial crisis. During the recession, Chancellor Angela Merkel resisted the palliative of government spending that the United States and some European partners felt was crucial to restoring growth.

The battle over how to navigate the financial crisis helps display Germany's emerging post-cold-war identity as a country less tolerant of foreign demands and lecturing, one with a tenser relationship with European partners. Though Germany has plenty of problems to grapple with at home, it has also become less obsessed with its historical crimes and more enthusiastic about its economic model, its culture and its improved standing in the world.

Jenny Wiblishauser, 33, a single mother in the southern town of Memmingen, said Germany's financial prudence — and its willingness to ignore foreign criticism — made her proud. "Before, the Greeks would call us Nazis, and we would act vulnerable," she said. "Now one says, 'Well, I'm not driving there for vacation.' "

Some critics in Europe say that confidence veered toward hubris in the contentious debate this year over shoring up the Greek government and restoring confidence in the troubled euro. In particular, the venomous contempt in the German news media directed at Greece raised significant concerns among allies that a more assertive Germany had emerged, said Thomas Klau, an expert on European integration at the European Council on Foreign Relations.

"That was like a wake-up call to the rest of Europe that something had changed in Germany," Mr. Klau said.

In the process, the relationship between France and Germany has become fraught and mistrustful, calling into question the future of the project of European integration.

As the latest numbers show, Germany is outproducing its neighbors by wider and wider margins, raising fears of a two-speed Europe that could render the common regional currency unstable.

France's economy grew at just a small fraction of Germany's, 0.6 percent in the second quarter. Spain's economy grew an anemic 0.2 percent, while Greece's shrank 1.5 percent.

If policy makers in Berlin are right and the turning point has been reached, they will look wise. If the fragile recovery cracks, as worrisome signs of a slowdown in the United States

and a cooling down of Chinese growth may augur, they could still bear the brunt of the blame for doing too little to foster regional and global growth.

Government officials here are confident they found the right approach, including a better solution to unemployment. They extended the “Kurzarbeit” or “short work” program to encourage companies to furlough workers or give them fewer hours instead of firing them, making up lost wages out of a fund filled in good times through payroll deductions and company contributions.

At its peak in May 2009, roughly 1.5 million workers were enrolled in the program. The Organization for Economic Cooperation and Development recently estimated that by the third quarter of 2009, more than 200,000 jobs may have been saved as a result.

The German economy’s comeback is visible in smaller towns like Memmingen, in the historic region known as Swabia. The brightly painted market square in this prosperous town is straight out of a German fairy tale, but it is beyond the medieval fortifications of the old town that Memmingen’s part in the nationwide rebound of employment, which Chancellor Merkel has likened to a “small miracle,” took place.

After a record year in 2008, the family-owned firm Magnet-Schultz watched orders for its electromagnetic products plunge. Nearly one-third of the company’s more than 1,500 workers in Germany were put on the short-work program. Only 57 were laid off.

The firm’s chairman, Wolfgang E. Schultz, whose grandfather founded the firm nearly 100 years ago and whose son Albert joined as a vice president in January, said that his goal was to maintain the company in the long term by losing as few skilled workers as possible. He promised to try to rehire those who were let go when times improved. Forty of those workers have been rehired already.

German exports rose in June by 28.5 percent compared with the year before, the highest level since the financial crisis began to pinch in October 2008. The renewed boom for industrial companies like Magnet-Schultz has helped push the unemployment rate down to 3.4 percent in Memmingen, less than half the national average of 7.6 percent.

“The government took the right steps in extending the short-work program because it bridged a difficult situation,” Mr. Schultz said in an interview.

From the start of the financial crisis, Mrs. Merkel has been the leading advocate of fiscal austerity, a view that won out at the Group of 20 meeting in Toronto in June when the leaders of the world’s biggest economies promised to reduce their budget deficits.

Despite Mrs. Merkel’s triumphs on the world stage, her government is struggling to reverse its plummeting approval ratings. Her stance reflects the will of a public that, despite the good economic news, remains stubbornly worried about the future.

The very sacrifices that have made German products more competitive and helped the country outpace its weaker, less disciplined European partners — strict wage control, a retirement age rising to 67 from 65, lower welfare payments and eased hiring and firing — have resulted in a deep feeling of insecurity.

Ms. Wiblshausen, the single mother in Memmingen, spent one month in 2006 on the scaled-back welfare program known as Hartz IV. Although working as an assistant tax consultant now, she said slipping back onto the rolls was her greatest source of dread. “It gives you an existential fear,” she said.

Germany's partners have cajoled, begged and demanded that the government in Berlin encourage more robust consumer spending, to combat imbalances among the countries that use the euro currency. But Ms. Wiblishauser said she found the prospect of spending to aid other European countries distasteful.

Like many Germans, Ms. Wiblishauser said she was having a hard time seeing the benefits the country received from being a member of the European Union. "I would really like it if we were self-sufficient, like the Swiss," she said.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**